

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel und Belit Onay (GRÜNE)

Wie sicher ist die IT der Ministerien und von Landeseinrichtungen?

Anfrage der Abgeordneten Detlev Schulz-Hendel und Belit Onay (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 15.03.2018

Das als besonders sicher geltende Netzwerk des Bundes ist Opfer eines Hackerangriffs geworden. Zeitungsberichte sprechen davon, dass sich die Hacker bis zu einem Jahr im Datennetz der Bundesverwaltung - dem Informationsverbund Berlin-Bonn (IVBB) - befunden haben. Genutzt wird der IVBB u. a. von Teilen des Bundestags, dem Bundesrat, dem Bundeskanzleramt und Bundesministerien. Im Dezember 2017 erfuhr die Bundesregierung davon, das Ausmaß des Schadens bleibt aber bisher im Dunkeln. Bereits 2015 war das Netzwerk des Bundestags von einem Hackerangriff betroffen, bisher ist immer noch nicht geklärt, was mit den damals erbeuteten 16 Gigabyte an Daten aus dem „Parlakom“-Netzwerk genau passiert ist. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen richten wir die folgenden Fragen an die Landesregierung.

1. Welche zusätzlichen Maßnahmen, neben den bisherigen Schutzmaßnahmen, plant die Landesregierung?
2. Wie viele Haushaltsmittel werden in die IT-Sicherheit der Ministerien im Jahr 2018 investiert?
3. Plant die Landesregierung, weitere Mittel in die IT-Sicherheit der einzelnen Ministerien zu investieren (bitte Auflistung nach Ministerien)?
4. Welche technischen Maßnahmen und Softwareumstellungen plant die Landesregierung, um die IT-Sicherheit der Ministerien sicherzustellen?
5. Hat es in der Vergangenheit auch Hackerangriffe in Niedersachsen auf die Landesministerien oder Landeseinrichtungen gegeben? Falls ja, mit welchem Hintergrund?
6. Falls ja, wie ist die Aufklärungsrate der Hackerangriffe?
7. Wie steht die Landesregierung zu Open-Source-Programmen als Standard für die öffentliche Verwaltung?
8. Plant die Landesregierung eine Ausweitung spezieller Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesministerien z. B. bezüglich des Umgangs mit E-Mail-Anhängen und Links in fremden E-Mails?
9. Wie will die Landesregierung generell niedersächsische Unternehmen vor Cyberkriminalität schützen?
10. Wie will die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens, aber auch Unternehmen vor Spionage von ausländischen Geheimdiensten oder Hackern schützen?

(Verteilt am 20.03.2018)